

»Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren«

Denkanstöße für die geographische Postwachstumsdebatte

Bastian Lange, Hans-Joachim Bürkner

1. Polarisierende Diskurse und widerstreitende Reaktionen auf Transformationen

Bundesdeutsche Politik- und Mediendiskurse über Klimawandel, Energieeffizienz, ökologische Transformation, Urban Transition und die Abkehr von ökonomischen Wachstumsprinzipien tragen derzeit alle Anzeichen einer moralischen Polarisierung. Es geht, so scheint es, einmal mehr um den ewigen Wettstreit zwischen Gut und Böse, richtig und falsch. Im Unterschied zu vielen anderen politischen Streitgegenständen sortieren sich die Kontrahent*innen in diesen Diskursen allerdings nicht umstandslos in Mächtige und Beherrschte. Vielmehr sind neue asymmetrische Koalitionen zu beobachten, bei denen sich z. B. Regierung und ehemalige Kritiker – zuletzt beim Kompromiss für den Kohleausstieg Ende 2019 – in selten gekannter Einmütigkeit zusammenfinden, um sich zum zukünftigen Guten zu bekennen und dem vergangenen Bösen abzuschwören. Dem steht eine weitgehend sprachlose Mehrheit der Bevölkerung gegenüber.

Während die sozioökonomische Polarisierung voranschreitet, gibt es nur wenige punktuelle milieugeographische »Tiefenbohrungen« (Bude/Medicus/Willisch 2011), um differenzierendes Licht in die grobkörnige Debatte zu bringen. Auch milieuorientierte Umweltbewusstseinsstudien differenzieren nur wenig, wenn sie in lockerer Anlehnung an die bekannten »Sinusmilieus« (Barth/Flaig/Schäuble et al. 2018) pauschal auf die Relevanz »junger distanzierter« sowie »prekärer« und darüber hinaus »traditioneller« Milieus verweisen (Bundesministerium für Umwelt 2019: 14, 75–78). Diese Gruppierungen haben demnach nur schwach ausgeprägte Ansprüche an mögliche

Problemlösungen im Bereich ökologischer Umweltveränderungen. Aussagen über räumliche Verteilungen oder klar unterscheidbare raumbezogene Selbstverständnisse dieser Akteure werden – wenn überhaupt – bislang nur hinsichtlich eines vagen Stadt-Land-Unterschieds getroffen (ebd.).

Alle anderen Milieus, also die sogenannten etablierten, kritisch-kreativen, idealistischen und auch Teile der bürgerlichen Milieus (Bundesministerium für Umwelt 2019: 15), lassen sich auf der einen Seite als diejenigen zusammenfassen, die aus den drängenden ökologischen und ökonomischen Krisen jeweils Imperative zur Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsmodelle und zur Veränderung von Konsum- und Lebensstilen ableiten. Auf der anderen Seite finden sich diejenigen zusammen, die sich diesen Imperativen nicht oder zumindest nicht sofort unterordnen wollen (»prekäre«, »junge-distanzierte« und »traditionelle« Milieus). Im breiten öffentlichen Diskurs werden sie von ihren Kontrahent*innen häufig pauschal als Modernisierungsverweigerer, Gegner ökologischer Vernunft und »Dialogverweigerer« dargestellt.¹ Mehr noch: Sie werden darüber hinaus geographisch lokalisiert und regionalisiert: Die progressiven Kräfte sitzen demnach in den urbanen Zentren, vorzugsweise in Westdeutschland; die reaktionären Kräfte befinden sich dagegen im ländlichen Raum und den »abgehängten« Peripherien, vornehmlich in Ostdeutschland.²

Die im Titel dieses Beitrags formulierten Begriffe »Beharrungsavantgarde« und »Verhinderungsinnovatoren« werden im Folgenden nicht etwa als politische Kampfbegriffe verstanden, sondern so vorurteilsfrei wie möglich als heuristische Suchkonzepte. Sie sind zunächst einmal von einem dezierten analytischen Interesse an der Identifizierung milieuspezifischer, situierter Sozialer Innovationen getrieben (siehe dazu Bürkner/Lange in diesem Band). Daraus lassen sich Perspektivangebote für Forschung und Politik ableiten, und zwar dahingehend, diejenigen Gruppen reflektiert in den Blick zu nehmen, die sich gegen transformative Politiken, Wertänderungen und

1 Bundeskanzlerin Angela Merkel vermerkte dazu in ihrer Rede zum Weltwirtschaftsforum in Davos am 23.01.2020, die Verweigerung des Dialogs »sollte gesellschaftlich sanktioniert werden« (Gersemann/Zschäpitz 2020).

2 Dass diese Gruppen entsprechend ihrer Verortung mit unterschiedlichen Profiten und Kosten zu rechnen hätten, wusste Bundeskanzlerin Merkel bei derselben Gelegenheit ebenfalls zu berichten: Stadtbewohner würden rasch den Nutzen der Transformation zu spüren bekommen, während Landbewohner einen Großteil der Kosten zu tragen hätten (Gersemann/Zschäpitz 2020).

angemahnten Wandel auf unterschiedliche Weise zur Wehr setzen – subversiv und still, häufig aber auch gekonnt diskursiv und politisch informiert sowie mithilfe kommunizierter ästhetischer Werturteile. Dabei handelt es sich in der Regel nicht um Mitglieder von vorab definierten Sinusmilieus oder Lebensstilgruppen, ebenso wenig wie um die alltäglichen »Konstrukteure« empirisch bereits rekonstruierter Sozialraumtypen.

Die zurechenbaren Äußerungsformen und ihre Trägergruppen haben einen enormen gesellschaftspolitischen Anteil am Gelingen oder Scheitern der Transformationsbemühungen. Ihre Leistungen und Wirkungsansprüche werden in den öffentlichen Diskursen, die sich mehrheitlich auf die Protagonisten des beabsichtigten Umbruchs konzentrieren, zumeist übersehen. Bezeichnenderweise verschieben sich jedoch allein aufgrund ihrer Anwesenheit und öffentlichen Sichtbarkeit sehr schnell die vertrauten und moralisch ausgerichteten Ordnungskategorien des in ökologischer Hinsicht vermeintlich »Guten« und »Richtigen«.

Progressives ökologisches Denken hat einen – weltanschaulich oft konträren, aber sachbezogen gar nicht so weit entfernten – Widerpart, der mit der gern verwendeten kategorialen Dichotomie »modern vs. antimodern« nicht ohne Weiteres zu beschreiben ist. So reden z. B. Stichwortgeber aus den Reihen der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) und »rechte Ökos« im ländlichen Raum einer rückwärtsgewandten, exklusiv »deutschen« Heimatverbundenheit das Wort und propagieren dabei eine Rückkehr zur »eigenen« Scholle (Röpke/Speit 2019). Wenn auch nur eingeschränkt, so sind sie damit ironischerweise an die Grundüberzeugungen der progressiven Kräfte jüngerer Postwachstumsorientierungen anschlussfähig: etwa indem sie auf lokale Gemeinschaften, milieuspezifische Autonomie und die Rückkehr zu manuellen Tätigkeiten bzw. einfachen Technologien setzen – und damit einen paradoxen Konservatismus zelebrieren, reaktionär und progressiv zugleich. Zumindest ein Teil des grünen und linken Moralisierens dürfte auf die Ratlosigkeit zurückzuführen sein, welche die Protagonist*innen angesichts dieses Paradoxons befällt: Sie spüren, dass sie sich argumentativ gegen rechte Vereinnahmungen nicht richtig zur Wehr setzen können.

Wenn es gilt, Beharrungskräfte ausfindig zu machen, dann erscheint die Mitte der Gesellschaft zunächst als unverdächtig. Ein schneller Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft wird aufgrund der erhöhten öffentlichen Wahrnehmung zur dramatischen globalen Erwärmung und deren Krisensymptome mittlerweile auch im politischen Mainstream als dringend not-

wendig erachtet. Es gilt – so suggerieren es viele Aufforderungshaltungen aus Politik und Wissenschaft –, auf breiter Basis Veränderungen des Ernährungs-, Mobilitäts- und Konsumverhaltens der Bevölkerung durch- und umzusetzen. Dies soll argumentativ im Diskurs sowie gleichzeitig mithilfe gesetzlicher und verfahrenstechnischer Regelungen geschehen. Bis Ende 2019 zeigen die Zahlen zum Flugverhalten und den Ernährungsgewohnheiten der deutschen Bevölkerung allerdings keine nennenswerten und messbaren Effekte, die sich beispielsweise als Reduktion der CO₂-Freisetzung bemerkbar machen würden. Trägheit und Beharrung scheinen trotz aller messtechnischen Verzögerungseffekte, die in Rechnung gestellt werden könnten, weiterhin ubiquitär zu sein und keineswegs zu den Ausnahmeerscheinungen zu gehören.

2. Zielrichtung der Denkanstöße »Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren«

Mit unserem Beitrag wollen wir uns argumentativ den so bezeichneten Modernisierungsverweigerern, Gegnern ökologischer Vernunft sowie Transformations- und Dialogverweigerern so unbefangen wie möglich nähern. Dazu entwickeln wir eine Denkhaltung, die die grassierenden Vorverurteilungen im Interesse offener Analysen ablehnt und das Blatt gewissermaßen heuristisch wendet. Wir fordern unsere Leser*innen zu Gedankenexperimenten und bewusst vorgenommenen Perspektivwechseln auf.

So sprechen wir die vielerorts stigmatisierten Gruppierungen dezidiert als »Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren« an, um ihre Positionierungen gegenüber Fragen des ökologisch motivierten gesellschaftlichen Wandels, aber auch ihre Positionierung in größeren Diskursen unvoreingenommen und präzise vor Augen zu bekommen. Mit unseren Leitbegriffen sprechen wir den vermeintlichen Blockierer*innen grundsätzlich die Fähigkeit zu alltagsrelevanten und sinndeutenden Innovationen zu. Wir distanzieren uns damit konzeptionell und forschungsprogrammatisch von der öffentlichen Kultur der latenten oder offenen Vorverurteilung, die innerhalb einer verunsicherten Wissenschaftslandschaft ansteckend wirken kann. Als verunsichernd nehmen wir dabei vor allem ungeklärte Widersprüche zwischen einem scheinbar gefestigten, rationalen Neoliberalismus und

eher ad hoc sowie hoch emotional inszenierten politischen Polarisierungen wahr.

Der Beitrag macht zudem auf aktuelle räumliche Konnotationen der rasch voranschreitenden Polarisierungen aufmerksam. Im Unterschied zu vergangenen Phasen der Zuschreibung konträrer Merkmale zu einzelnen Bevölkerungskategorien und »ihren« Räumen sind soziale Gegensätze derzeit nicht das Ergebnis langsamer gesellschaftlicher Ausdifferenzierungsprozesse. Vielmehr lässt sich davon ausgehen, dass die Gegensätze bewusst und teilweise in manipulativer Absicht, d. h. zum Vorteil der jeweiligen politischen Sprecher*innen, erzeugt und weiter befördert werden.

Faktisch bestehende sozioökonomische und sozialräumliche Disparitäten westeuropäischer Gesellschaften, die sich beispielsweise als tradierter Stadt-Land-Gegensatz präsentieren, laufen daher Gefahr, rhetorisch überhöht zu werden. Sie werden in populärsprachliche Oppositionen wie z. B. modern-antimodern, fortschrittlich-rückwärtsgewandt oder ökobewusst-umweltverachtend gefasst. Derartige Begriffspaare überlagern und färben nüchterne Oppositionen wie reich-arm oder ländlich-urban, indem sie diese mit moralischen Anschuldigungen und politischen Positionszuweisungen verknüpfen.

Da krude rhetorische Vereinfachungen mittlerweile aus dem alltäglich-medialen Sprachraum (z. B. den digitalen Sozialen Netzwerken) in fachpolitische sowie auch planerische und gesellschaftspolitische Debatten gelangt sind, wandeln sich die diskursiv verursachten Abschottungszuschreibungen. Aus vormalig empathischen Narrativen der Marginalisierung werden nun Erzählungen, die Zuschreibungen des Antifortschrittlichen und latent Gesellschaftsgefährdenden enthalten. Sie fordern nun zu Abgrenzung, Solidaritätsentzug und Sanktionierung auf. Dennoch äußert sich darin häufig zunächst weniger überzeugter politischer Kampfeswille als vielmehr ein generelles Unbehagen mit dem Tempo gesellschaftlichen Wandels und der plötzlichen Sichtbarkeit sozialer Gegensätze.

Nicht nur der scheinbar progressive Diskurs, sondern auch die Hinwendung einer steigenden Anzahl von Menschen zu politischen »Alternativen« mit ihren rechtsnationalen und teilweise neonazistischen Politikangeboten kann als Ausdruck dieses Unbehagens gedeutet werden. Letztere signalisieren eindeutige Beharrungs- und Bewahrungsabsichten, die sich auf einen – wie auch immer definierbaren – Status quo beziehen, verbunden mit der Hinwendung zu Meinungskollektiven, die sich antifortschrittlich, gegen-

aufklärerisch und rückwärtsgewandt geben. Die mit Progressivität und Reaktion einhergehende gesellschaftliche Spreizung stellt vermutlich nur die Spitze eines sprichwörtlichen semantischen Eisbergs dar, der weitreichende und komplexe Ausdifferenzierungen der jeweiligen Wahrnehmungen und Handlungsorientierungen auf sich vereinigt.

Gerade eine sozial-ökologische³ emanzipatorische Forschung, die sich den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Gesellschaften und natürlichen Phänomenen verschrieben hat, sollte sich jedoch dieses gesellschaftlichen Umbruchs neugierig und kritisch-reflektierend annehmen. Aus einem detailgenauen Verständnis der milieu- und regionalspezifischen Situationsdeutungen, Sinnkonstruktionen und verstetigten Blickrichtungen auf politisch-ökologisch motivierte Transformationsprozesse lassen sich dringend benötigte Hinweise auf die Entstehung neuer Diskurskoalitionen und -spaltungen gewinnen. Zugleich kann erwartet werden, dass neue gesellschaftliche Integrationspotenziale und die dafür erforderlichen Brückenschläge erkennbar werden. Nicht zuletzt sollte es dadurch auch möglich werden, passende inkludierende Sprach-, Handlungs- und Strukturierungsangebote zu formulieren.

Aus einer sozial- und raumwissenschaftlichen Perspektive heraus steht insbesondere die Frage im Raum, mit welchen Sinnkonstrukten, Deutungsmustern und Konzepten der Selbstbehauptung die beharrenden Milieus agieren. Mithilfe welcher Kategorien (z. B. Sicherheit/Gefährdung, Stabilität/Umbruch, Gewohnheit/Unberechenbarkeit, Durchschaubarkeit/Ungewissheit) deuten diese augenscheinlich recht umfangreichen gesellschaftlichen Gruppierungen ihre sozialen und räumlichen Umgebungen? Wie kommt es zu subjektiven Äußerungen, die so erscheinen, als würden sie »wider besseres und verfügbares ökologisches Wissen« getroffen? Wie »gekonnt« ignorieren

3 Mit dem Attribut »sozial-ökologisch« bezeichnen wir solche gesellschaftlichen Transformationen, die mit der individuellen und kollektiven Auseinandersetzung mit Umweltproblemen einhergehen. Dies schließt einen sozialen Wandel ein, der die Veränderung von Ideen und Ideologien, sozialen Beziehungen, Handlungsorientierungen, Alltagspraktiken und Kommunikationsformen umfasst. Analog dazu kennzeichnen wir sozialwissenschaftliche Zugriffe auf die entsprechenden Formen sozialen Wandels als sozial-ökologische Forschung. Um Verwechslungen mit einem fast gleichlautenden Begriff zu vermeiden, der für eine auf der Analyse von Sozialstatistiken beruhende Forschungsrichtung der US-amerikanischen Soziologie des 20. Jahrhunderts verwendet worden ist (»Sozialökologie«), führen wir hier die Schreibweise mit internem Bindestrich ein.

diese Kollektive die jeweils herrschenden diskursiven Rahmungen und die darin eingeschlossenen Faktizitätsbehauptungen? Welche Deutungen ihres eigenen lokal bzw. regional verfassten Andersseins stellen sie ihnen entgegen? Wie wirkmächtig sind die entsprechenden Deutungsmuster in den öffentlichen Diskursen?

Zur Präzisierung und Kontextualisierung dieser noch recht groben Gegenüberstellung wird es dringend geboten sein, die Zusammenhangsformen zwischen den benachteiligenden, stigmatisierenden und abwertenden Zuschreibungen (»Modernisierungsverweigerer«, »Dialogverweigerer«) und den sie befördernden diskursiven Prozessen näher zu beleuchten. Ziel ist es somit, den unbestimmten und ungenauen Zuschreibungen der sozialen und politischen Praxis sowie deren medialer Repräsentationen eine genauere, kontextsensible und vor allem sozialwissenschaftlich fundierte Betrachtung entgegenzustellen.

Mithilfe der These der potenziellen und wenig sichtbaren Wirkungsmacht der »Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren« machen wir uns auf den Weg, die dahinter liegenden kollektiven Motive, Handlungslogiken und Deutungsmuster zu entdecken. Es geht dabei einerseits darum, eine ausgewogene Analyse von gesellschaftlichen Transitionen zu ermöglichen, die nicht nur den normativ aufgeladenen Treibern des Wandels Platz einräumt, sondern auch ihren sozialen Gegenpart angemessen thematisiert. Es geht andererseits aber auch darum, die pejorativen Rhetoriken zurückzudrängen, die sich in der öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Beschreibung vermeintlich antimoderner und sozial »abgekoppelter« Beharrungsmilieus in Windeseile ausgebreitet haben.

Dadurch wären unter anderem Simplifizierungen kenntlich zu machen, die zur weiteren politischen Polarisierung des gesellschaftlichen Wandels beitragen. Unter der Oberfläche grobschlächtiger politischer und medialer Darstellungen verbirgt sich häufig viel mehr als ein realistisches Abbild gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Wenn z. B. dem »Fridays for Future«-Aktivismus unvermittelt banale »Gegenreaktionen« unter dem Slogan »Fridays for Hubraum«⁴ gegenübergestellt werden, so handelt es sich meistens nicht um eine realistische Abbildung direkt aufeinander bezogener Aktions- und Reaktionsweisen, sondern um medial inszenierte Scheingefechte.

4 <https://www.sueddeutsche.de/panorama/fridays-hubraum-facebook-greta-klimakrise-1.4646132> (27.02.2020)

Dahinter findet bei genauerem Hinsehen ein Spiel mit einer Vielzahl von subtilen Belobigungen und Herabsetzungen statt, das bereits zum festen Bestandteil alltäglicher Denkvorräte gehört und in der sozialen Alltagspraxis auch ausgiebig zur Anwendung kommt.

Angesichts des noch recht defizitären Forschungsstands gilt es somit, neben der Veränderung sozialer Praxisformen auch die beteiligten überindividuellen Prozesslogiken und diskursiven Reproduktionsmechanismen zu dechiffrieren und zu verstehen. Letztere dürften die Verweigerer und »Abweichler« von einem bereits *top-down* definierten Mainstream (der noch keineswegs ein solcher ist!) mitunter erst zu dem machen, was die verwendeten Terminologien in vorauseilender Normativität bereits versprechen. Der Anlass für dieses Erkenntnisziel lässt sich in einem Satz benennen: Sehr selten wird gefragt, welche konkreten Gründe es für das Bewahren und Verharren gibt, welche Funktionen diese Gründe erfüllen und inwiefern sie abseits vordergründiger Diskursrhetoriken konstitutiv für den aktuellen sozial-ökologischen Wandel sind.

Ein weiteres Ziel muss daher darin bestehen, die milieuspezifischen Deutungen der Angehörigen der beharrenden Milieus zu ihren bewusst gewählten Verweigerungen und Werthaltungen detailliert zu ermitteln und Wege zu ihrer Interpretation argumentativ herzustellen. Dies bedeutet keineswegs, dass damit eine pauschale Rehabilitierung oder gar Nobilitierung dieser Beharrungsmilieus mithilfe wissenschaftlicher Rhetoriken beabsichtigt sei. Ausgangsbasis ist vielmehr das Bemühen, durch Kontext- und Detailtreue der Analyse zu einer umfassenderen Einschätzung des Phänomens »Beharrung« zu gelangen. Dies erfordert einen mehrfachen Perspektivenwechsel der Interpretation, so wie er von der Logik der qualitativen Sozialforschung eingefordert wird (Glaser/Strauss 2008). Erst auf der Grundlage derartiger Wechsel lässt sich klären, weshalb die vorgenommenen Sinndeutungen zwar aus der Sicht der Akteure »folgerichtig« und »schlüssig« sind, aber dennoch paradoxe Elemente in sich tragen.

3. Aufbruch und Beharrung in der sozial-ökologischen Nachhaltigkeitsforschung

3.1 Ansätze der Transitionsforschung

Ein dominanter Teil der bisherigen Transitionsforschung richtet sein Hauptaugenmerk und Erkenntnisinteresse auf die Erklärung, Bemessung und Abschätzung von Bewältigungsformen ökologischer Dilemmata. Beschrieben werden unter anderem die möglichen Wege hin zu nachhaltigen, ressourcenschonenden und energiereduzierten gesellschaftlichen Praktiken. Wandlungsprozesse, Entwicklungspfade, Abweichungen proökologischer Initiativen vom Mainstream, institutionelle Umbauten sowie dafür nötige neue Governance-Arrangements geben in Wirtschaftsgeographie und benachbarten Disziplinen Anlass zu wichtigen Fragestellungen. Diese Fokussierung erfolgt zumeist räumlich differenziert mit Bezug auf Stadt- und Land-Unterschiede und die Lokalisierung sektoraler Schwerpunkte; zudem wird die Fokussierung mit einer kritischen Haltung zu den entwicklungspolitischen Bezugsgrößen des Globalen Nordens und Südens verbunden (Geels/Schwanen/Sorrell et al. 2018).

Dies hat Auswirkungen auf die außerparlamentarische Darstellung der gesellschaftspolitischen Widerstände, die durch Migrations-, Klima- und Ernährungskrisen ausgelöst worden sind, getragen von Initiativen wie *Fridays (Scientists, Parents, Mothers, Teachers, Students u. a.) for Future, Transition Towns* oder *Extinction Rebellion*, ferner von global agierenden NGOs wie »Greenpeace«, »Sea Shepherd« und diversen Klimabündnissen. Sie alle fordern die Wissenschaft scheinbar geschlossen dazu auf, sich auf der Basis des seit Dekaden vorliegenden und akzeptierten Fachwissens über die Endlichkeit der überschrittenen planetaren Grenzen jeweils für substantielle Änderungen der Wirtschafts- und Konsumsysteme sowie der dabei eingesetzten Stoffströme einzusetzen. Die Suchraster der Forscher*innen stellen diese Aufforderung in Rechnung. Sie richten sich in jüngerer Zeit vermehrt an handlungsleitenden Akteuren aus, die den ökologischen Vorreitermilieus entstammen und vor allem in Westeuropa und dem Globalen Norden prompt als Postwachstumspioniere angesprochen werden.

Zahlreiche Modelle und Theorien zum ökologiebezogenen gesellschaftlichen und räumlichen Wandel begründen die bislang erkennbaren Pfadabweichungen und Wandlungsprozesse durch eben diese initialen Handlungs-

leistungen Einzelner. Dabei spielen heroische Akteure eine zentrale Rolle: risikoerprobte Unternehmer*innen Grüner Ökonomien; Postwachstumspionier*innen mit ihren Erprobungen des kollektiven Teilens, Tauschens, Reparierens und Selbermachens (Gebauer/Sagebiel 2015); Erstnutzer*innen von neuen Technologien mit ihren besonderen Werten, Mobilitätsstilen, Ästhetiken und Denkhaltungen; aber auch Prosument*innen, die zwischen Konsum und eigener Produktion pendeln. Sie führen vielfältige Einstiege in neue Praxisformen vor und lassen zugleich neue regionale Entwicklungspfade erkennbar werden. Diese offenbar überdurchschnittlich wandlungsbereiten und -erfahrenen Individuen werden mit Attributen wie »innovativ«, »kreativ«, »fortschrittlich« und »modern« versehen und analog zu evolutionsökonomischen Traditionen der Belobigung ökonomischer Innovatoren beschrieben, so wie dies gegenüber den zentralen Akteuren innerhalb von Innovationsregionen, kreativen Milieus und Clustern üblich ist (Spigel/Harrison 2018).

Die Gegenseite – meistens der numerisch weitaus umfangreichere Teil – wird dagegen umgangssprachlich mit Attributen wie »antimodern«, »fortschrittsfeindlich«, »hinterherhinkend« angesprochen oder – in einem soziologisierenden Jargon – als »abgekoppelt«, »abgeschottet« oder »wandlungsresistent«. Es handelt sich um soziale Milieus mit hohen internen Bindungskräften, deren Mitglieder stabile Lebenslagen anstreben und ihre Sinndeutungen auf geringe Veränderlichkeit ausrichten. Dennoch werden diese Milieus kaum als Phänomene *sui generis*, d. h. als legitime und ernstzunehmende Strukturierungselemente sozialen Wandels begriffen. Vielmehr geht es der Transitionsforschung zunächst einmal darum, sie als Relikte des zu Überwindenden und somit als Übergangsphänomene zu beschreiben – und damit ohne erkennbare Not inkonsistenten und sprunghaft aktionistischen Politiken zuzuarbeiten.

Damit sind übrigens nicht nur NGOs, freie Initiativen und Aktionsbündnisse angesprochen, sondern auch die Regierungspolitiken des Mainstreams. So geht es der Bundesregierung (Bundestagswahl im September 2017) hauptsächlich darum, die widerspenstigen Milieus auf dem Weg zur generellen Akzeptanz veränderter Lebens-, Mobilitäts- und Ernährungsweisen anschlussfähig zu »machen«, deutlich abzulesen z. B. am Fall des geplanten Klimapakets für CO₂-reduzierende Infrastrukturen (siehe Interview in dieser Anthologie von C. Mohn zur Situation in der Region Lausitz). Über die sozialen Kosten sowie die Bedeutung von Protesten und anderen Wider-

standsformen für den Fortgang von Transformationsprozessen spricht die Bundesregierung indes erheblich weniger, von konkreten Verhandlungen mit den Betroffenen »vor Ort« ganz zu schweigen.

3.2 *Value-action gaps*: Erklärungen zum Phänomen der Transitionsverweigerung

Erklärungen zur Entstehung des Phänomens der Modernisierungs- und Fortschrittsverweigerung stehen somit eher selten im Fokus der aufkeimenden Postwachstumsanalysen. Nennenswert sind bislang einige Deutungsangebote zur »Verweigerung trotz besseren Wissens«, die auf der Basis psychologischer Experimente entstanden sind. Demnach spielen drei Faktoren eine wichtige Rolle: Verantwortungsdiffusion, Pluralistische Ignoranz und »Bewertungsangst« (Baecker 1999). Erstens weisen Modelle der Verantwortungsdiffusion darauf hin, dass in einer Gesellschaft meistens eine ausreichende Anzahl von Individuen bereitsteht, um beliebige politische Vorhaben praktisch umsetzen zu können, sodass aus der Sicht des*der Einzelnen stets argumentiert werden kann, dass »doch erst mal die anderen machen« sollten (ebd.). Zweitens weisen Ansätze der Pluralistischen Ignoranz darauf hin, dass sich die Einzelnen in ihrem Verhalten in ungewohnten Situationen automatisch und bevorzugt daran orientieren, wie sich die anderen verhalten. Wenn aber – verkürzt gesprochen – niemand etwas tut, kann auch niemand als Vorbild für aktives Eingreifen und für etwaige Veränderungen dienen. Drittens weist das Konzept der »Bewertungsangst« darauf hin, dass vermeintlich falsches Handeln dazu führt, dass die Handelnden von anderen zu ihrem Nachteil bewertet werden.

Alternativ dazu bieten die psychologische Konsumforschung sowie die *Environmental and Sustainability Studies* weitere Erklärungen an. Sie gehen davon aus, dass eine Diskrepanz zwischen Wissen und Handlungsumsetzung, als *value-action gap* bezeichnet (Kollmuss/Agyeman 2002), für die Beibehaltung bewährter Handlungsmuster sorgt. Im Unterschied zur ähnlichen Theorie der kognitiven Dissonanz, die für die Beharrung angesichts erschwerender Bedingungen jeweils die Umwertung von Motiven für einmal gewählte Handlungsalternativen verantwortlich macht (Beckmann 1984), nimmt der »*value-action gap*«-Ansatz nicht in erster Linie die Motivationslagen, sondern die Wissensstände der Handelnden in den Blick. Besonders im Zuge der Ausbreitung Sozialer Innovationen kommt es auf der

gesamtgesellschaftlichen Ebene zu der paradoxen Situation, dass einerseits ausreichende Informationen zu einem als nachteilig begriffenen Lebensstil vorhanden sind und andererseits derselbe Lebensstil unverändert fortgeführt wird. Beispielsweise wirken dann fehlende Informationen über die individuellen und kollektiven Kosten veränderten Handelns als Umsetzungsbremse. Wir greifen diese These weiter unten in veränderter Form noch einmal in einem weitaus grundsätzlicheren transformationstheoretischen Diskussionskontext auf.

3.3 Transformation und Milieuanalysen

In jüngster Zeit haben genauere Langzeitmilieustudien in sogenannten abgehängten ostdeutschen Regionen wie z. B. Wittenberge (Bude/Medicus/Willisch 2011) sowie qualitative Transformationsstudien wie in den Plattenbausiedlungen von Lütten Klein bei Rostock (Mau 2019) den Blick auf die Komplexitäten von vergleichsweise veränderungsresistenten sozialen Milieus gerichtet. Im Gegensatz zur mittlerweile geschichtlichen Dimension derartiger Milieus lassen sich auch aktuell Milieukonstellationen in Ostdeutschland beobachten, die kaum weniger problembelastet sind, jedoch erheblich weniger beforscht werden. Es handelt sich um solche Milieus, die vor einer dritten sozial-ökologischen Transformation stehen. Während die erste Transformation durch die friedliche Revolution 1989/1990 in der DDR erfolgte, setzte eine zweite Transformation mit der Jahrtausendwende im Zuge eines dynamischen Globalisierungsschubs ein. Sie forderte den Menschen eine weitere grundsätzliche Umorientierung ihres Lebens ab. Schließlich kristallisiert sich nun durch den im Jahr 2019 beschlossenen Klimapakt der Regierung auf Bundesebene eine weitere »von oben« verordnete Transformation heraus, hin zur Förderung von Lebensstilen der nachhaltigen und ressourcenschonenden Mobilität und Energienutzung. In dieser komplexen dritten Transformation sind digitale Technologien und die Nutzung digitaler Kommunikationsmedien jeweils prominente Verstärker sozialer und räumlicher Ungleichheit.

Die gegenwärtigen Reaktionen der von den genannten Umbrüchen betroffenen Milieus – häufig handelt es sich über dreißig Jahre hinweg um ein und dieselben Milieus – gehen weit darüber hinaus, was als politischer Widerstand in Ostdeutschland sichtbar geworden ist, etwa durch nationale Aktivitäten und Positionen der AfD. Vielmehr greifen alltagskul-

turelle Deutungen und Positionierungen quer durch die sozialen Schichten auf kontinuierliche Alltagserfahrungen und Biographien zurück, in denen die kollektiven Erlebnisse mit dem DDR-Autoritarismus, die Erinnerung an die erlebte Ohnmacht während des Systembruchs der 1990er Jahre und periodenübergreifende Deutungen der scheinbar unausweichlichen Opferrolle der »kleinen Leute« zusammenfließen. Hinzu kommen Verunsicherungssignale aus den nach der Wende neu eingerichteten politischen Lagern, sei es der nachlassende Glaube an die selbstheilenden Marktkräfte seitens der Liberalen oder die zunehmende Erschütterung alter Gleichheits- und Teilhabeerwartungen bei den Sozialdemokraten. Diese Signale werden selbstverständlich ebenfalls von den Milieus reflektiert und deutend verarbeitet. Die Popularität von Beharrungsmechanismen dürfte innerhalb der genannten Kontexte aus transformationstheoretischer Sicht allein aufgrund der sich ausbreitenden Ängste vor weiteren Zumutungen und Besitzstandseinbußen im Zuge neuerlicher Umwälzungen plausibel zu erklären sein.

3.4 Paradoxa der gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformation

Vom besonderen Fall der postsozialistischen Transformation bzw. der darauf folgenden Posttransformation einmal abgesehen, gilt die Vermutung, beginnende Postwachstumsorientierungen und zunehmend rigide Klimapolitiken würden eine paradoxe Ausgangssituation für die Bevölkerung schaffen, und zwar auch für die Gesamtgesellschaft. Einerseits nimmt das fachliche und alltägliche Wissen um die Endlichkeit der Ressourcen sowie der planetaren Grenzen zu; öffentliche Diskussionen, mediale Berichterstattung und politischer Diskurs tragen gleichermaßen zu dieser Steigerung bei. Andererseits sinkt das belastbare Erfahrungswissen darüber, wie gewohnte Konsumroutinen und ökologisch nachteilige Lebensstile aufgegeben werden können. Es ist den Einzelnen vielfach unklar, wie Anpassungen an die neuen Gegebenheiten künftig aussehen können. Die Bereitschaft in weiten Teilen der Gesellschaft, sich auf diese Veränderungen einzulassen, stagniert in dem Maße, wie keine konkreten, attraktiven Ziele formuliert werden können und stattdessen Verzichts- und Niedergangsvisionen stärker werden.

Gegenüber derartigen Thesen sind solche Erklärungen, die auf die Wirkmächtigkeit stabiler Handlungsrouitinen verweisen, z. B. auf habituelle Gewohnheitspraktiken des alltäglichen Konsums, der Ernährung, der Mobilität und der Freizeitgestaltung, eher als Schutzbehauptungen der politischen

Eliten einzustufen: Politische Eliten suggerieren häufig, dass Gewohnheiten unverändert von Generation zu Generation weitergegeben werden und nur durch mehr oder weniger drastische Maßnahmen beeinflusst werden können. Damit lässt sich das Festhalten an ökologisch »unvernünftigen« Verhaltensweisen als Generationenproblem definieren, während umweltkonsumierende Produktionsmodelle und neoliberale Politiken unerwähnt bleiben können. Die *Fridays*-Generation kann mit regierungsamtlicher Billigung gefahrlos als Innovationsträger gefeiert werden, der die »Umweltsäue« der Eltern-, Großeltern- und Urelterngenerationen vermeintlich zu Recht abstruft. Abgesehen davon, dass sich hierin ein paternalistisches Selbstverständnis der Politik offenbart (»... endlich kommen sie zur Vernunft ...«), fügen sich die entsprechenden Rhetoriken in einen weiteren Kontext der Durchsetzung von Deutungen und Narrativen ein, die den potenziell staatsgefährdenden Charakter unterschwelliger Beharrungstendenzen in der Bevölkerung adressieren. Dazu zählen beispielsweise die jüngsten politischen Schuldzuweisungen für einen wiedererstarkenden Rechtsradikalismus, so als habe er in der Bevölkerung in den vergangenen Generationen nur überwintert und könne ohne politische Intervention »von oben« nicht unter Kontrolle gehalten werden. Licht ins Dunkel der konkreten Beharrungskräfte der sozialen Milieus bringen die Verfechter*innen der Habitualismusthesen mit ihrem Raunen jedoch kaum.

Ähnliches gilt auch für die Hoffnungsnarrative eines technizistischen Lösungswegs des Umwelt- und Klimadilemmas (Blühdorn/Butzlaff/Deflorian et al. 2018) sowie des jüngst EU-weit diskutierten »Green Deals« auf der Basis von CO₂-Bepreisung und klimafreundlichem ökonomischen Umbau (Claeys/Tagliapietra/Zachmann 2019). Als paradigmatische Technikmodelle sollen beide Ansätze eine aktuelle Produktionsära ablösen und quasi CO₂-neutral das zukünftige *Gute Leben* für alle auf diesem Planeten gewährleisten. Auch hier wird einer Bevölkerung die Fähigkeit zur Selbstregulation und Emanzipation tendenziell abgesprochen. Zudem wird die paradoxe Ausgangssituation technikorientierter Politik kaum reflektiert. Sie besteht darin, dass die negativen Folgen der Implementation von Technologien mit weiteren technologischen Maßnahmen anstatt mit alternativen alltagsbezogenen Denkansätzen und Maßnahmen bekämpft werden sollen. Stattdessen wird eine Utopie propagiert, deren konkrete Umsetzungsfragen vor dem Hintergrund zunehmender Technologiekritik weitgehend ausgeblendet werden. Dass diese Utopie auf der Annahme basiert, dass es möglich

sei, alte Habitualisierungen umstandslos durch neue Habitualisierungen zu ersetzen, ohne die Rolle von Gewohnheiten für bereits transformationsgeschichtlich vorbelastete soziale Gemeinschaften genauer analysiert zu haben, gehört wohl eher zu den Treppenwitzen der Geschichte als zum ausichtsreichen strategischen Inventar rationaler Politikansätze. Der sozialistische Mensch sollte ja auch schon einmal auf den Trümmern eines habitualisierten bürgerlichen Lebens geschaffen werden.

4. Weiße Flecken auf der Landkarte der Transformationsforschung

Sozialwissenschaftliche und sozial-ökologische Analysen zu Transitionsszenarien haben einen nicht unwesentlichen Anteil daran, dass bestimmte Umgangsweisen mit ökologischen Imperativen bereits kanonisiert, verinnerlicht sowie als handlungsleitend begriffen worden sind. Umweltzerstörung und Klimawandel lassen demzufolge kaum noch politische Alternativen oder größere Handlungsspielräume zu. Die Wissenschaft präsentiert sich damit im öffentlichen Diskurs als gesellschaftliche Avantgarde und stellt zu etlichen parallel verlaufenden politischen Diskursen eine erstaunliche Kompatibilität her. So formulieren beispielsweise die jüngeren *Sustainability Studies* (Geels/Schwanen/Sorrell et al. 2018) zunächst normative Grundgerüste, die einer künftigen Transition zugrunde liegen sollten, und richten ihr Hauptaugenmerk dann auf planerische, konsumorientierte, kulturelle oder politische Fragen der Umsetzung der für notwendig erklärten Umgestaltungen, v. a. im Bereich der Stoffkreisläufe, Mobilitätsressourcen, fossilen Energieträger und Ernährung.

In epistemologischer Hinsicht hat diese normativ ausgerichtete Forschungspraxis klare Auswirkungen. Politische sowie alltäglich konstruierte und kollektiv verinnerlichte Imperative werden bereits im Vorfeld wissenschaftlichen Arbeitens zur impliziten Richtschnur der Anlage einschlägiger Untersuchungslogiken. Das Erkenntnisinteresse richtet sich weniger auf die Sinnkonstrukte und die besondere Rationalität eines beginnenden gesellschaftlichen Umbaus als auf die praktischen Inszenierungen unhinterfragter neuer Normen. Eine Vielzahl von *Best-practice*-Fallstudien, Machbarkeitsstudien, Wirkungsanalysen und Effizienzbetrachtungen erarbeitet

fortlaufend anwendungsnahe und praxistaugliche Erkenntnisse zu konsumenten- bzw. nutzerbezogenen Handlungsansätzen.

Es wird eher danach gefragt, wie die Wende zu mehr Nachhaltigkeit, gesellschaftlichem Umbau und Zukunftstauglichkeit gestaltet werden kann, als danach, welchen Sinn diese Wende für welche Akteure genau ergibt, welche unintendierten Nebenfolgen sie zeitigt und wie gerecht sie in sozialer Hinsicht zu werden verspricht (Hargreaves/Hielscher/Seyfang et al. 2013; Wolfram/Frantzeskaki 2016). Die *Sustainability Studies* wissen sich in dieser Orientierung mit der urbanen Transitionsforschung sowie eines Großteils der sozial- und raumwissenschaftlichen Postwachstumsforschung einig. Sie teilen sämtlich die subkutane Grundhaltung des Befolgens von Imperativen, die nicht nur von ökologischen Aktionsgruppen, sondern auch bereits von der etablierten Politik für allgemein verbindlich angesehen werden. Diese Handlungsdisposition wird von uns im Folgenden mit dem Neologismus »Imperativismus« bezeichnet.

Mit dieser Ausrichtung der Forschung rücken die potenziellen Akteure des anstehenden gesellschaftlichen Umbaus in den Mittelpunkt des Interesses. Wie die sich dynamisch ausbreitende Fachdebatte der Raum- und Sozialwissenschaften rund um Postwachstumsökonomien (Schulz 2012) zeigt, sind viele Gegenstandsbereiche der Analyse mehrheitlich auf vermeintlich »neue« Akteure hin orientiert (Lange 2017), z. B. Postwachstumspioniere, deren Praktiken und räumliche Nutzungsmuster (Othengrafen/Romero Renau/Kokkali 2016). Diese Akteure sollten nach Möglichkeit alltagsrelevante, stoffstrombezogene und letztlich postwachstumsorientierte Veränderungen bereits vollzogen haben (Baier/Hansing/Müller et al. 2016) oder zumindest an deren Implementierung arbeiten.

So weit, so gut? Die Antwort könnte positiv ausfallen, wenn da nicht zwei wichtige Versäumnisse zu reklamieren wären. Zum einen fehlt bislang eine dezidierte Auseinandersetzung mit dem fortdauernden Phänomen der begründeten und selbstgewählten Beharrung, also dem Festhalten am jeweils errungenen Status quo. Damit sind vor allem die mentalen Dispositionen, Denkweisen und Habitusformen derjenigen gemeint, die sich von dem neuen Imperativismus nicht überzeugen lassen oder zumindest eine gewisse Distanz dazu wahren. Zum anderen werden auch die sozialen Verwerfungen kaum diskutiert, die offensichtlich mit dem Imperativismus einhergehen.

Die eingangs angesprochenen Verweigerer sind ja nicht einfach nur Uneinsichtige, die etwa aus Bequemlichkeit oder mangels Bildung und Wissen

an alten Verhaltensweisen festhalten möchten. Im Gegenteil, sie rekrutieren sich eher aus den Statusgruppen der Mittelschichten, d. h. der relativ Wohlhabenden und besser Gebildeten, mithin der viel zitierten Leistungsträger dieser Gesellschaft. Auch unternehmerische Eliten zählen dazu (Marg/Walter 2015). Dennoch werden sie und ihre Ansichten derzeit im politischen Diskurs auf merkwürdige Weise marginalisiert, so als seien reale Machtverhältnisse für eine zukunftsorientierte Ökologiedebatte irrelevant. Wenig ist zudem über die gegenwärtigen Vergemeinschaftungsformen dieser Akteure und insbesondere die sie umgebenden sozialen Milieus bekannt.

Für eine problemorientierte sozial- und raumwissenschaftliche Forschung stellt sich darüber hinaus nicht nur die Frage nach den sozialen Voraussetzungen der Beharrungskräfte, sondern auch nach ihren gesellschaftlichen Wirkungen. Lehnen die Beharrenden jede Art ökologisch motivierter Veränderungen ab – etwa die generelle Abkehr von ökonomischen Wachstumspostulaten – oder akzeptieren sie die »großen« Imperative, während sie viele kleine Veränderungen, die damit verbunden sind, nicht mittragen? Richten sie ihre Aufmerksamkeit in diesem Fall eher auf regionales und sektorales Wachstum, das sie nach wie vor für sinnvoll halten? Angesichts fehlender empirischer Daten lassen sich hierzu derzeit nur spekulative Annahmen treffen. Damit hängt des Weiteren die Frage nach legitimierenden Praktiken, kollektiven Narrativen und *Imaginaries* zusammen – nach Phänomenen also, die diese Wachstumsmomente angesichts deren umweltbelastender Folgen quasi »trotz verfügbaren besseren und abrufbaren Wissens« aufrechterhalten.

Ob als Bremskräfte ökologisch-politischen Fortschritts oder als verantwortungsbewusst Reflektierende oder gar als innovativ Reformierende abseits des sozial-ökologischen *Mainstreams* – die Beharrenden und Verweigernden verdienen mehr ernsthafte Aufmerksamkeit, als ihnen bislang geschenkt worden ist. Wie wenig die sozialwissenschaftliche Forschung darauf vorbereitet ist, zeigt sich auf der forschungspraktischen Seite unter anderem darin, dass den disziplinären Ansätzen wichtige konzeptionelle Bausteine und Bindeglieder fehlen, die es ihnen ermöglichen würden, auch exogenes Wissen zu adaptieren.

So ließe sich der Blickwinkel anderer Disziplinen gezielt nutzen, um die bereits eingeübten Normativismen kritisch zu hinterfragen. Es geht somit zunächst darum, mit einer ungewohnten Begrifflichkeit und Beschreibungsrhetorik auf die zu erklärenden Sachverhalte zu schauen.

5. Diskursive Dimensionen der Verweigerung

5.1 Diskursive Framings

Wir schlagen im weiteren Verlauf die Verwendung milieutheoretischer und praxistheoretischer Ansätze der Soziologie vor, um künftig die oben genannten Erkenntnislücken adäquat füllen zu können. Neben der Frage nach der Beschaffenheit der Beharrenden und deren Milieus gilt es aber auch, die Diskurse in den Blick zu nehmen, in denen sie in Erscheinung treten. Genauer gesagt geht es darum, gezielt nach den Erscheinungsformen, Trägern und Funktionen von politischen Positionen der Beharrung in den Diskursen um sozial-ökologische Transformation und Postwachstum zu fragen. Aus einer medientheoretischen Perspektive heraus müssen zunächst die hegemonialen *Framings* beschrieben werden, welche die Marginalisierung von Beharrenden, Verhinderern und anderen Nichtkonformen vorantreiben. Insbesondere die Verortung von »Abweichlern« in bestimmten Regionen und sozialräumlichen Konfigurationen kann ein zentraler Bestandteil derartiger *Framings* sein – womit sozialgeographische Grundfragen nach der Entstehung sozialräumlicher Disparitäten auf einen neuen Gegenstand angewendet werden können. Eine theoretische Grundlage kann dabei die *Framing*-Theorie der ausgehenden 2000er und frühen 2010er Jahre (Chong/ Druckman 2007; Matthes 2012) liefern. Sie erlaubt es, die mediale und diskursive Repräsentation einzelner Bevölkerungsgruppen und Sachverhalte entlang bereits existierender Inklusions-Exklusions-Mechanismen und *Otherring*-Prozesse zu thematisieren (Borah 2011).

Der Begriff des *Otherings* steht dabei für die Zuschreibung »anderer« und von der Eigengruppe abweichender Merkmale zu solchen Gruppen, die als Repräsentanten unerwünschter sozialer Sachverhalte sowie als inferior angesehen werden (Jensen 2011; Schwalbe 2000). Dieser auf Praktiken der sozialen Identitätsbildung bezogene Begriff lässt sich mit milieutheoretischen Ansätzen verbinden. So könnten in exemplarischen Analysen jeweils *Otherring*-Prozesse am Fall Ostdeutschlands auf der Basis von Erkenntnissen zu »widerständigen« Milieus und Verweigerern als soziales Realphänomen gedeutet werden. Dabei lassen sich sowohl Fremdzuschreibungen als auch Selbstzuschreibungen der Betroffenen herausarbeiten, die jeweils hegemoniale Deutungen des Andersseins transportieren. Durch die Berücksichtigung von Machtrelationen lässt sich *Otherring* schließlich auch als Eliten-

projekt definieren, nämlich als Prozess der Formierung und Adressierung politischer Gegner. *Othering* wird somit als duales Phänomen beschreibbar, nämlich als soziale Alltagspraxis und zugleich als politisch-diskursiver Prozess.

Mit Blick auf ostdeutsche Befindlichkeiten können jedoch nicht nur die »Unterlegenen« des *Otherings* genauer beschrieben werden. Auch die Selbstpositionierungen der Beharrenden im Diskurs können angemessen thematisiert werden. Insbesondere innovative und konstruktive Anteile von Beharrungen und Verweigerungen sowie deren Wirkungen können offengelegt werden. Am Fall von Gewinnern der bisherigen Transformationsschübe (z. B. erfolgreiche Unternehmer*innen) lassen sich insbesondere diejenigen Situationsdeutungen identifizieren, welche die Betroffenen dazu in die Lage versetzen, proaktive Einstellungen zu entwickeln, originelle Problemlösungen zu erarbeiten und erfolgreich strategisch zu handeln. Zugleich können die individuellen und milieuspezifischen Gegenkräfte zu diesen Haltungen beschrieben werden, vor allem die Neigung, Opferrollen als Bestandteil des eigenen Handlungs- und Persönlichkeitskonzepts zu akzeptieren sowie – oder auch – Opferrollen als kollektives Schicksal zu deuten. Dabei wird unter anderem die Frage zu klären sein, inwieweit Frustration und Resignation als milieuspezifische Haltungen kultiviert werden, ohne zugleich die Absicht auf Änderung der Verhältnisse aufzugeben.

Damit können wichtige Fragen nach der Konstituierung von »Beharrungsavantgarden« in sozialer, politischer und mediendiskursiver Hinsicht beantwortet werden. Ebenso können Antworten auf die Frage der Rollenzuweisungen und Durchsetzungschancen im Diskurs geliefert werden. Aus einer sozialgeographischen Sicht sind diese Denkanstöße mit dem Anspruch verbunden, möglichst präzise über die Entstehung sozialer und räumlicher Ungleichheit bei denjenigen zu sprechen, die bei laufenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen nicht »mitmachen«.

5.2 Hegemoniale Perspektiven auf »Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren«

Transformationsdiskurse sind in der jüngeren deutschen Geschichte stets hegemoniale Diskurse gewesen. Darin werden Umbruchsituationen durch ihre Gewinner zumeist als notwendig, zwangsläufig und durch drohende Gefahren legitimiert beschrieben. Genau dieser hegemoniale Blick wird in

Debatten über die postsozialistische Transformation der 1990er Jahre und die Posttransformation seit der Jahrtausendwende mit erstaunlicher Regelmäßigkeit zelebriert. Ob ökonomische Dauerkrise nach der Übertragung westdeutscher Institutionen und der Demontage der sozialistischen Industrien, ob demographischer Wandel und Schrumpfungsprozesse in den »Neuen Bundesländern«, ob EU-Osterweiterung und Revision des deutschen und europäischen Grenzregimes (Bürkner 2020), ob symbolische geopolitische Aufrüstung gegen den neuen und alten Gegner Russland, ob Folgen der Destabilisierung des Nahen Ostens und der Fluchtbewegungen aus der europäischen Nachbarschaft – immer wieder werden Abweichungen von einem politischen Common Sense an den Verlierern der gesellschaftlichen Transformation der vergangenen 30 Jahre festgemacht und insbesondere in Ostdeutschland verortet.

Geht es nach vielen regierungsamtlichen Verlautbarungen und medialen Darstellungen, dann existieren in Ostdeutschland großräumige Zonen, die von Unzufriedenen, Modernisierungsverweigerern, Uneinsichtigen oder gar (alten und neuen) Demokratiefeinden geprägt sind. Dies ist zweifellos eine machtvolle raumkonstruierende Vorstellung, mit der sich aus Sicht der Herrschenden gemäß der altrömischen Devise *divide et impera* (»teile und herrsche«) bequem arbeiten lässt. Gut und Böse sortieren sich darin entlang einer quasi natürlichen räumlichen Arbeitsteilung.

Was sich auf den ersten Blick als fortgesetzte innerdeutsche Transformationsdebatte präsentiert – reduziert auf einen kruden Ost-West-Gegensatz –, verdeckt indes die vielen Zwischentöne und differenzierten Sichten auf den Zusammenhang von Ökologie, Ökonomie und Systemwandel. Zudem verdeckt ein oberflächlicher Blick die Binnenverhältnisse in den beiden »geographischen« Lagern. Es ist ja keineswegs so, dass es keine tatkräftigen Innovator*innen in den innerdeutschen Krisenregionen gäbe. Innovative Start-ups in den Hightechbranchen Ostsachsens und weltmarkterprobte, international vernetzte Unternehmen in den neuen Umweltbranchen signalisieren, dass es nicht nur und überall in Ostdeutschland Verlierer*innen und Verweigerer*innen geben dürfte. Es verhält sich auch nicht so, dass sich in Westdeutschland keine ökologiepolitischen Modernisierungsverweigerer*innen antreffen ließen – das auf Dauerkrise gestellte Ruhrgebiet oder der ländliche Raum Niedersachsens sind nur einige Beispiele der mentalen und politischen Beharrung unter vielen.

Im gesamtdeutschen politischen Diskurs sowie in den Mediendebatten geht es allerdings bislang weniger darum, aus den politischen Konflikten rund um gesellschaftliche Erneuerung und ein mögliches Postwachstum kooperativ zu lernen, als vielmehr darum, alte Ressentiments für die eigenen tagespolitischen Interessen zu nutzen, seien es Zeitungsauflagen oder Wählerstimmen.

6. Zur Emanzipation der »Beharrungsavantgarden« in der Postwachstumsdebatte – ein erstes Resümee

Es ist nicht zu übersehen: In interessen geleiteten Diskursen werden Sichtweisen strategisch lanciert, die über die kollektive Zuschreibung von Eigenschaften an Menschen und Räume entscheiden. Die Auseinandersetzung – oder besser gesagt: die nicht nur argumentativ, sondern auch emotional-moralisierend erfolgende Auseinandersetzung – mit Beharrenden, Verhinderern und »Blockierenden«, ja sogar mit ihrem scheinbar natürlichen Habitat, kann ohne größere Anstrengung als Bestandteil hegemonialer Diskurse und entsprechender *Framings* identifiziert werden.

Für die sozial- und raumwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Phänomen »Beharrung« eröffnen sich somit lohnende Betätigungsfelder. Es muss zunächst einmal darum gehen, die jeweiligen Akteure, deren politische Positionen, soziale Praktiken und deren diskursive Interventionen genauer in den Blick zu nehmen. Dabei schadet es nicht, sich in ein wenig Dialektik zu üben, um der Suggestivkraft polarisierender Denkfiguren zu entgehen. Wir gehen daher in Anlehnung an den Dialektikbegriff der Frankfurter Schule (Adorno 2000) davon aus, dass es darum gehen muss, ergebnisoffene gesellschaftliche Entwicklungen in ihrer Widersprüchlichkeit zu rekonstruieren. In der sozialen Praxis gehen mit scheinbar konservativen Elementen jeweils auch progressive Elemente einher, deren Sinnhaftigkeit sich unter anderem im Verhältnis zu ihren Gegenparts zu erkennen gibt. Das Beharren kann demgemäß nur auf der Basis der kognitiven, emotionalen und sozial konstruierenden Auseinandersetzung der jeweiligen Akteure mit alternativen Positionen und Verhaltensweisen zustande kommen – in diesem Fall der aktiven Veränderung.

Konkret kann dies bedeuten, dass sich die vermeintlichen Verweigerer aus guten Gründen nicht (oder nicht sofort) vordergründigen Aktionspos-

tulaten anschließen, sondern die gründlichere Auseinandersetzung mit alternativen Ideen bevorzugen. Diese Ideen müssen nicht zwangsläufig rückwärtsgewandt oder problemignorant sein. Gerade in Zeiten des hektischen politischen Aktionismus können ausgesprochene Verhinderer auch innovative Inspirationsquellen sein. Diese Akteure erklären häufig ihre eigenen sozialen Praxisformen, Alltagserfahrungen und Befindlichkeiten zum Ausgangspunkt der Suche nach praxistauglichen Lösungen – und erteilen damit abstrakten, unerprobten oder ideologisch vorformulierten Pauschalösungen eine Absage (siehe Marg/Walter 2015 zu den Orientierungen mittelständischer Unternehmer*innen). Genau diese Akteure und ihre bedachte Positionierung in schwierigem diskursivem Terrain sollten stärker im Fokus der sozial-ökologischen Analyse stehen.

Gegenwärtig treffen die Hoffnungen der Betroffenen auf offene Auseinandersetzungen und ihre Bemühungen um die Durchsetzung ihrer »abweichenden« Ansprüche an die künftige Gesellschaftsentwicklung noch auf politische Tendenzen einer eher brachialen Zurückweisung der ihnen zugrundeliegenden Denkweisen. Ansprüche auf Emanzipation und die Gewährleistung offener Suchprozesse befinden sich ironischerweise in den aktuellen Klima- und Postwachstumsdebatten – mit ihren Rhetoriken des Dringlichen und Alternativlosen – in beständiger Marginalisierungsgefahr. Mittels der rhetorischen Figur der illegitimen »Abweichung« können die Ansprüche von den Advokaten vermeintlich unumstößlicher Imperative leicht in die Ecke des politisch Unerwünschten gedrängt werden. Damit kann einem neuen Autoritarismus Vorschub geleistet werden, der den eigentlichen Zielen einer breit aufgestellten ökologischen Wende sowie der neugierigen Erprobung von Postwachstumspraktiken diametral entgegenläuft.

Diese Tendenz kann zu einer ausgesprochenen Innovationsbremse werden, nämlich dann, wenn die hegemonialen Fremdzuschreibungen von den Betroffenen immer wieder selbst übernommen werden. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist daher aufmerksam zu beobachten, inwieweit milieu-externe Deutungshoheiten für eine Lähmung von Handlungsbereitschaften und proaktiven Strategien sorgen. Es gilt künftig, die ambivalente Situation der im politischen Raum bereits Marginalisierten oder von Marginalisierung Bedrohten frühzeitig sichtbar zu machen. Die ambivalente Situation besteht in dem Dilemma, einerseits sozial und ökonomisch innovativ sein zu wollen und andererseits als innovationsunfähig bewertet zu werden.

Die an *Framings* der »Abweichung« und anderen *Otherring*-Prozessen beteiligte Inklusions-Exklusions-Problematik verdeutlicht, dass es für die politisch Marginalisierten vorrangig nur darum gehen kann, an ihrer eigenen Emanzipation zu arbeiten. Ziel künftiger Analysen muss es daher sein, die emanzipatorischen Anteile der Beharrungsperspektiven aufzuzeigen und die betroffenen Akteure tatsächlich eher als potenzielle oder De-facto-Avantgarden zu beschreiben denn als marginalisierte Gruppen ohne Veränderungspotenzial oder gar Anspruch auf Macht. Werden die jeweiligen Forschungsergebnisse in die laufende Postwachstumsdebatte eingespeist, so kann es gelingen, die derzeit noch stark als Minderheitenproblem etikettierten Emanzipationsperspektiven stärker in den Mainstream zu rücken.

7. Weiterführende Ideen und disziplinpolitische Konsequenzen

An den Befund bestehender Forschungsdefizite schließen sich unmittelbar weitere konzeptionelle Fragen an. Aus milieu- und diskurstheoretischer Sicht muss eine kontextorientierte, an sozialen Differenzierungen ausgerichtete Analyse von Beharrungsorientierungen und deren Wirkungen gewährleistet werden. So ist davon auszugehen, dass vermeintliche Abschottungsbewegungen – zumal dann, wenn sie als regionales Phänomen wahrgenommen werden – für allgemeinere gesellschaftliche Widerstände stehen, die auf breiter Basis analysiert und diskutiert werden müssen.

Dabei ist zu beachten, dass gesellschaftliche Umgestaltungsdiskurse nicht lediglich von abstrakten Normen, Werten und Handlungslogiken beeinflusst werden, sondern von den Interessen und Durchsetzungsaussichten heterogener Akteure, die mit einem unterschiedlichen sozioökonomischen Status, einem unterschiedlich verfügbaren sozialen Kapital, verschiedenen konkreten (sozialen, ökonomischen und symbolischen) Profiterwartungen sowie (qua Status) zugeschriebener und (im Diskurs) erworbener Macht bzw. Durchsetzungsfähigkeit in die Auseinandersetzungen gehen.

Dringend erforderlich ist auch eine stärkere Kontextualisierung von Regionalisierungsprozessen der Beharrung. Sie sollten als Ausdruck von eigenwilligen Souveränitätsbehauptungen auf Zeit begriffen werden, die von regional verankerten Milieus ausgehen. In ihrer besonderen raum-zeitlichen Zuspitzung können sich diese Regionalisierungen mit älteren sozialräumlichen Disparitäten überschneiden. Beispielsweise können politisch »von

oben« verordnete Transitionsprozesse (Kohleausstieg, Mobilitätswende, Besteuerung von fossilen Treibstoffen) bereits aufgrund der Allokation der Akteure (in peripheren Regionen, als Pendler mit zentrenfernen Standorten) eine Schwächung ihrer bestehenden sozioökonomischen Position bewirken.

Handelt es sich dann tatsächlich um Beharrungsmilieus in dem Sinne, dass sie eine weitere sozioökonomische Marginalisierung verhindern möchten und allein deshalb an scheinbar veralteten Mobilitäts-, Lebensstil- und Konsummustern festhalten? Oder stellen sich Verweigerungshaltungen eher als Folge der Marginalisierung dieser Milieus in öffentlichen und politischen Diskursen ein, d. h. tendenziell unabhängig von konkret erfahrenen räumlich-sozialen Disparitäten? Derartige Fragestellungen verweisen auf die Notwendigkeit, neue geographische Fragmentierungen und soziale Peripherisierungsprozesse zu regulären Gegenständen der Postwachstumsforschung zu erheben.

Schließlich ist es an der Zeit, aus fokussierten Diskurs- und Framinganalysen wichtige Hinweise auf Paradoxa, Hybridisierungen und Ambivalenzen der Postwachstumsdebatten zu gewinnen. Zwar sind die Sozialwissenschaften bereits seit geraumer Zeit für den Umstand sensibilisiert, dass diese Phänomene zu den zentralen Ausprägungsformen der Nachmoderne zählen; jedoch geraten die konkreten Symptome und Indikatoren leicht aus dem Blick. So sind reflexive Prozesse in Umbruchsituationen weitaus häufiger anzutreffen als in gesellschaftlichen Plateauphasen, da Dissens, divergierende Handlungsziele und soziale Verwerfungen dann offener zutage treten als in konfliktärmeren Zeiten. Diskursive Marginalisierungsprozesse und öffentliche Sanktionen, die gegen »Verweigerer« ausgesprochen werden, wirken sich unmittelbar auf die sozialen Positionierungen und Einflussmöglichkeiten der Betroffenen aus – häufig mit dem Ergebnis, dass vormalis schwache Widerstände in härtere Oppositionen übergehen. Die Zuschreibung »Verweigerer« wird in diesem Fall zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Unter diesen Bedingungen ist es für eine kritische Sozialwissenschaft auch dringend geboten, hegemonialen Meinungsführerschaften für das »Gute« und »Richtige« eine Absage zu erteilen. Geschieht dies nicht, so steht eine Wissenskultur der Affirmation bestehender Machtgefälle zu befürchten. Mit Emanzipation und der Forderung nach Debatten auf Augenhöhe für alle sind derartige Entwicklungen dann vermutlich kaum noch in Einklang zu bringen.

Literatur

- Adorno, Th. W. (2000): Negative Dialektik. 10. Auflage. Frankfurt a. M.
- Baecker, D. (1999): Organisation als System. 1. Auflage. Frankfurt a. M.
- Baier, A.; Hansing, T.; Müller, Ch.; Werner, K. (2016): Die Welt reparieren – Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis. Bielefeld.
- Barth, B.; Flaig, B. B.; Schäuble, N.; Tautscher, M. (2018): Praxis der Sinus-Milieus. Gegenwart und Zukunft eines modernen Gesellschafts- und Zielgruppenmodells. Wiesbaden.
- Beckmann, J. (1984): Kognitive Dissonanz. Eine handlungstheoretische Perspektive. Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo.
- Blühdorn, I.; Butzlaff, F.; Deflorian, M.; Hausknost, D. (2018): Transformationsnarrativ und Verantwortlichkeit: Die gesellschaftstheoretische Lücke der Transformationsforschung. Wien.
- Borah, P. (2011): Conceptual Issues in Framing Theory: A Systematic Examination of a Decade's Literature. In: Journal of Communication 67 (2), 246–263.
- Bude, H.; Medicus, T.; Willisch, A. (2011): ÜberLeben im Umbruch. Am Beispiel Wittenberge: Ansichten einer fragmentierten Gesellschaft. Hamburg.
- Bürkner, H.-J. (2020 – im Erscheinen): Ostdeutsche Grenzregionen. Für eine transnationale Regionalforschung. In: Naumann, M.; Becker, S. (Hg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland – Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie. Berlin.
- Chong, D.; Druckman, J. N. (2007): Framing Theory. In: Annual Review of Political Science 10, 103–126.
- Claeys, G.; Tagliapietra, S.; Zachmann, G. (2019): How to make the European Green Deal work. Brussels. = Policy Contribution 14 https://bruegel.org/wp-content/uploads/2019/11/PC-14_2019-041119.pdf (20.02.2020).
- Gebauer, J.; Sagebiel, J. (2015): Wie wichtig ist Wachstum für KMU? Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen. Berlin. = Schriftenreihe des IÖW 208/15.
- Geels, F. W.; Schwanen, T.; Sorrell, S.; Jenkins, K.; Sovacool, B. (2018): Reducing energy demand through low carbon innovation: A sociotechnical transitions perspective and thirteen research debates. In: Energy Research & Social Science 40 (June 2018), 23–35.
- Gersemann, O.; Zschäpitz, H. (2020): Wenn die Kanzlerin spricht, »fühlt man sich ethisch zu Hause«. <https://www.welt.de/wirtschaft/article205>

- 293177/Angela-Merkel-in-Davos-Bundeskanzlerin-wird-wieder-zur-Klimakanzlerin.html (20.02.2020).
- Glaser, B. G.; Strauss, A. L. (2008): The discovery of grounded theory: strategies for qualitative research. Chicago.
- Hargreaves, T.; Hielscher, S.; Seyfang, G.; Smith, A. (2013): Grassroots innovations in community energy: The role of intermediaries in niche development. In: *Global Environmental Change* 23 (5), 868–880.
- Jensen, S. O. (2011): Othering, identity formation and agency. In: *Qualitative Studies* 2 (2), 63–78.
- Lange, B. (2017): Offene Werkstätten und Postwachstumsökonomien: kollaborative Orte als Wegbereiter transformativer Wirtschaftsentwicklungen? In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 61 (1), 38–55.
- Marg, St.; Walter, F. (2015): Unternehmer und Gesellschaft. Einleitende Bemerkungen zum Vorgehen und zur Methodik. In: Marg, St.; Walter, F. (Hg.): *Sprachlose Elite? Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen*. Reinbek bei Hamburg, 9–29.
- Matthes, J. (2012): Framing Politics: An Integrative Approach. In: *American Behavioral Scientist* 56, (3), 247–259.
- Mau, St. (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Frankfurt a. M.
- Othengrafen, F.; Romero Renau, L.; Kokkali, I. (2016): A new landscape of urban social movements. Reflections on urban unrest in Southern European cities. In: Knieling, J.; Othengrafen, F. (Hg.): *Cities in Crisis. Socio-spatial impacts of the economic crisis in southern european cities*. New York, 139–154.
- Röpke, A.; Speit, A. (2019): *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*. Berlin.
- Schulz, Ch. (2012): Post-Wachstums-Ökonomien – (k)ein Thema für die Wirtschaftsgeographie? In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 56 (4), 264–273.
- Schwalbe, M. (2000): The Elements of Inequality. In: *Contemporary Sociology* 29 (6), 775–781.
- Spigel, B.; Harrison, R. (2018): Toward a process theory of entrepreneurial ecosystems. In: *Strategic Entrepreneurship Journal* 12, 151–168.
- Wolfram, M.; Frantzeskaki, N. (2016): Cities and Systemic Change for Sustainability: Prevailing Epistemologies and an Emerging Research Agenda. In: *Sustainability* 8 (2), 144. DOI: <https://doi.org/10.3390/su8020144>